

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion
Dieter W. Welsink
in der Sitzung des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss am 30. März 2011

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit, das heißt für uns:

Sparsam wirtschaften
Bewährtes erhalten
Neues schaffen
und dabei verlässlich bleiben -

dies ist, so habe ich bereits im vergangenen Jahr erklärt, seit vielen Jahren die klar ausgerichtete Politik der CDU im Rhein-Kreis Neuss und mit der CDU erreicht worden! Heute kann ich Ihnen sagen, dass dies auch mit einer partnerschaftlich organisierten CDU-FDP-Koalition der Fall ist.

Meine Damen und Herren,
wir wollen auch in schwierigen Zeiten Kurs halten!
Denn wir tun dies, weil das Leben im Rhein-Kreis Neuss so lebenswert ist.
Vielfältige Angebote, vor allem für die hier lebenden Menschen, machen den Rhein-Kreis Neuss mit seinen Städten und Gemeinden so lebens- und liebenswert.
Hier fühlt man sich zu Hause – der Rhein-Kreis Neuss gehört zu den Spitzenregionen Deutschlands! Bei aller notwendigen Diskussion um Einzelpunkte sollten wir immer im Blick haben: Der Kurs stimmt, der Rhein-Kreis Neuss ist absolute Spitze!

Im vorigen Jahr habe ich darauf verwiesen, dass wir deshalb auch in diesen schwierigen Zeiten immer noch hervorragend dastehen. Die äußeren Bedingungen haben sich seitdem allerdings nicht nachhaltig verbessert. Wir haben aber nicht den Kopf in den Sand gesteckt, sondern uns auf den Weg gemacht. Unsere Fraktion hat damals die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die den gesamten Kreishaushalt durchforstet, um Effizienzreserven zu heben. Das macht jeder

Bürger zu Hause so, wenn er merkt, dass er nicht mehr hinkommt. Nur die SPD denkt da anders, aber da komme ich gleich noch drauf! Wir haben konsolidiert, bestehende Strukturen aber erhalten!

Wir sind uns dabei bewusst, dass die kommunale Ebene, d.h., die Städte und Gemeinden mit ihren Kreisen, strukturell unterfinanziert ist und eine Kostenoptimierung und Einsparungen allein nicht ausreichen, um diese Situation langfristig in den Griff zu bekommen. Zukunftsweisende Innovationen für eine sich stark verändernde Gesellschaft (Demographie, Migration, Bevölkerungsrückgang) sind nur mit hohem Kostenbewusstsein und gezieltem Mitteleinsatz möglich. Eine höhere Neuverschuldung und ein zu großer Griff in unsere Ausgleichsrücklage war für uns keine Alternative, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die jetzt gewählte Entnahme aus der Ausgleichsrücklage nimmt die angespannte Haushaltslage unserer Städte und Gemeinden in den Blick und gibt ihnen Luft zum Atmen! Was kommt dagegen von der SPD? Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 21 Mio. EUR und einfach weiter so. Meine Damen und Herren – wir halten das für unverantwortlich! Wie lange soll das gut gehen? Ich sage es ihnen: Das klappt einmal, genau nur einmal, dann ist der Ofen aus. Ein Offenbarungseid, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD! Das ist mit CDU-FDP nicht zu machen!

Sie von der SPD wollen den Kreis handlungsunfähig machen. Sie wollen eine Verschuldungssorgie zu Lasten der kommenden Generationen, genauso, wie die rot-grüne Minderheitsregierung auf Landesebene. Die Quittung hat diese vom Verfassungsgericht in Münster gerade erhalten!

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis auf die Verfügung des vorherigen Regierungspräsidenten Jürgen Büssow (SPD) vom 5.7.2010 zur Haushaltssatzung 2010. Darin sind mehrere bemerkenswerte Statements zu unserem Haushalt aufgeführt. Hinsichtlich der Kostenreduzierung fordert der RP dazu auf, besonderen Augenmerk auf

1. die Personalkosten,
2. die Standards bei den Leistungen einschl. Reduzierung und Verzicht auf Leistungsangebote,
3. die Intensivierung von Kooperationen im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit und
4. die kritische Hinterfragung von erbrachten freiwilligen Leistungen und Zuschüsse

zu legen.

Der RP bewertet die praktizierte Entschuldungspolitik als vorbildlich und warnt vor einer Aufnahme von Liquiditätskrediten und der „Plünderung“ der Ausgleichsrücklage.

Dies sind Gesichtspunkte, die folgerichtig auch Leitlinien unserer Haushaltskommission waren. Dafür steht Dr. Gert Ammermann, dafür stehen die Fraktionen von CDU und FDP, und wir bestimmen den Kurs.

Ich will betonen: Kürzungen fallen naturgemäß nicht leicht; Geld auszugeben scheint einfacher. Bei dem Versuch, einen Kahlschlag zu verhindern, haben wir mit großer Sorgfalt eine sachliche Ebene gefunden. Wir haben auch eine Menge Einvernehmen mit den Verbänden, mit denen wir Kontakt aufgenommen hatten. Eine anders lautende Pressemeldung war von interessierter Seite gesteuert. Tatsächlich waren wir bzw. die Kreisverwaltung mit den Wohlfahrtsverbänden seit einem Jahr im Gespräch.

Da, wo dringender Bedarf besteht, haben wir nichts gekürzt.

Die Kreisverwaltung, der ich an dieser Stelle schon sehr herzlich danke, hat unter der umsichtigen Leitung von Landrat Hans-Jürgen Petrauschke einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der weitgehend unseren Vorstellungen und Möglichkeiten entspricht.

Bevor ich meine Rede jetzt schon beende, lassen Sie mich auf wesentliche Schwerpunkte unserer Politik eingehen, die die Leistungsfähigkeit unseres Rhein-Kreises Neuss unterstreichen:

Bereich Natur/Umwelt/Planung

Der Bedeutung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes wurde im Jahre 1988 mit dem Beschluss zum Waldvermehrungsprogramm, und in 2002 mit dem Beschluss zum **Waldvermehrungskonzept** Rechnung getragen. Mittlerweile konnten bereits 202 Hektar neue Waldfläche zur Verbesserung der Lebensqualität im Rhein-Kreis Neuss geschaffen werden. Hinsichtlich der weiterhin notwendigen Waldvermehrung befürworten wir eine Umstellung der Finanzierung über das **Ökokonto**.

Angesichts der notwendigen **Neuorientierung der Energiepolitik** - und der CDU ist es sehr ernst mit dem Moratorium und der Überprüfung unserer Energiepolitik

in Deutschland - ist die Entwicklung des Lokalen **Energiepakts** wichtig. Das Projekt „**Energielabor Rhein-Kreis Neuss**“ ist ein großer Erfolg.

Uns ist bewusst, dass die **Stromleitungsnetze** ausgebaut werden müssen. Aber vor Ort muss dies möglichst unter der Berücksichtigung der Bürgerinteressen sozialverträglich sein, und Gesundheitsgefährdungen müssen vermieden werden. Auch die Machbarkeitsstudie einer **Biogasanlage** an der Kompostierungsanlage Korschenbroich bringt uns hoffentlich weiter.

Ebenso sollten wir die Installation von **Photovoltaikanlagen** auf Kreisgebäuden im Auge behalten und da umsetzen, wo es sich rechnet, energiepolitisch sinnvoll und technisch machbar ist.

Wie von unserem CDU-Stadtverband Neuss auf seiner Mitgliederversammlung am 28. März d.J. gefordert, erwarten auch wir, dass der **zukünftige Energiebedarf** unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Industrie, Arbeitsplätze, Verkehr, Kommunikation, öffentliche Sicherheit und Bewältigung des täglichen Lebens zu bezahlbaren Preisen nachhaltig gesichert wird. Alle Änderungen in der Energiepolitik werden gerade unseren Standort in erheblichem Maße beeinflussen.

Im **Nahverkehr** verlief für die Regiobahn das Geschäftsjahr 2010 sehr erfolgreich. Dies auch, weil unsere Leute der CDU den Kurs bestimmen mit Dr. Christian Will, Landrat Hans-Jürgen Petruschke und seinem allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz.

Die Fahrgastzahlen konnten von rund 19.500 auf über 22.000 tagtäglich gesteigert werden. Damit transportiert „unsere“ Regiobahn im Jahr über 7 Millionen Fahrgäste. Dieser hohe Anteil belegt, dass wir im Rhein-Kreis Neuss eine sehr gute SPNV-Infrastruktur mit vielen Haltestellenabfahrten aufgebaut haben. Laut den VRR-Statistiken gehört die S 28 zu den saubersten, pünktlichsten und sichersten S-Bahnen im VRR-Gebiet. Sie wird auch im Jahr 2010 -nach Vornahme erheblicher Reparaturen und Instandhaltungsinvestitionen- mit einem kleinen Gewinn abschließen.

Im letzten Jahr wurde nach langen Verhandlungen mit dem VRR ein so genannter Inhouse-Vertrag abgeschlossen, mit dem die Regiobahn auf 10 Jahre mit dem Fahrbetrieb der S 28 betraut wurde.

Im Gespräch sind auch der weitere Ausbau der Strecken nach Viersen/Venlo und von Mettmann nach Wuppertal. Dies ist nur möglich, wenn die Landesregierung zusätzliche Regionalmittel zur Verfügung stellt. Denn schon heute beträgt die Umlage für den Schienenpersonennahverkehr jährlich über 15 Millionen EUR, und da die Kommunen des Rhein-Kreises Neuss davon insgesamt circa 9 % oder fast 1,4 Millionen EUR tragen, ist schon heute die Last sehr groß.

Bereich Soziales - Gesundheit/Familie/Jugend

Öffentlich wurde zu Recht der Bereich **Soziales** viel diskutiert, so z.B. in der NGZ vom 26.02.2011 durch die Sozialverbände. Die von CDU- und FDP-Fraktion beschlossene Linie, lediglich in den disponiblen Mitteln 15 % einzusparen, zeigt aber maßvolles Handeln mit Augenmaß.

Der soziale Auftrag ist und bleibt Kern der Politik im Rhein-Kreis Neuss und steht damit auch im Mittelpunkt der diesjährigen Haushaltsgestaltung. Wenn die Leistungen nach dem 12. Sozialgesetzbuch im Kreis auf 40 Millionen Euro steigen, die also aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen zu erbringen sind, kann von einem Sozialabbau nicht die Rede sein.

Der Rhein-Kreis Neuss hat in der Vergangenheit eine Ordnung der kooperativen Zusammenarbeit zwischen dem Rhein-Kreis und den Sozialverbänden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen gesellschaftlichen Institutionen entwickelt. Dies entspricht dem aus der christlichen Soziallehre entwickelten Prinzip der Subsidiarität. Wir sind nicht dem Vorschlag anderer, eine pauschale Verminderung um etwa 20 % für alle Bereiche zu beschließen, gefolgt. Wir haben uns vielmehr dazu entschlossen, Schwerpunkte zu setzen. Nach mehreren Gesprächen mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben wir Kürzungsvorschläge eingebracht an den Stellen, wo es verantwortbar erscheint. Das bewährte System der Förderung wird von uns nicht in Frage gestellt und soll auch in Zukunft weiter entwickelt werden. Mehrere Förderungen, wie die Unterstützung der ambulanten Hospizbewegungen und der Telefonseelsorge, die in den vergangenen Jahren als Zeichen einer zukunftsgerichteten Sozialpolitik eingeführt worden sind, bleiben unvermindert erhalten.

Wir haben jede Kürzung nur schweren Herzens vollzogen, aber in einer Zeit größter finanzieller Anspannungen und Belastungen konnte kein Bereich der Förderungspolitik ausgespart werden.

Im Übrigen zeigt ein Vergleich unserer Haushaltspolitik mit der in vergleichbaren kommunalen Gebietskörperschaften, dass der Rhein-Kreis Neuss nach wie vor glänzend dasteht. Viele unserer Förderungen finden in anderen Kreisen und Städten nicht mehr statt. Wir sind auch hier erfolgreich, weil wir mit Dr. Hans-Ulrich Klose an der Spitze den Kurs bestimmen.

Für die Zukunft streben wir an, dass mittelfristig durch vertragliche Vereinbarungen mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege nachhaltige Planungssicherheit hergestellt wird. Deshalb schlagen wir vor, mit den

Wohlfahrtsverbänden und geförderten Institutionen Zielvereinbarungen zu entwickeln, die auf lange Sicht zu Effizienz und Transparenz und auf allen Seiten zu Planungssicherheit führen. Wir werden gemeinsam mit den Sozialverbänden Leitlinien der Sozialarbeit für ein systematisches Arbeiten entwickeln, einschließlich Qualitätsmanagement, Evaluation und regelmäßiger Überprüfung. Es müssen Instrumente entwickelt werden, die verstärkt ein aktives Verhalten der Leistungsempfänger fördern. Wer, wie das Land NRW, jährlich Milliarden für soziale Fehlentwicklungen gerade im Kinder- und Jugendbereich ausgibt, muss sich doch langsam Gedanken machen, ob die Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte im Sinne eines Versorgerstaates mit der Gefahr der Entmündigung und Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und einer immer stärker werdenden Abhängigkeit von Staat und Politik der richtige Weg war. Müssen wir nicht dringend einen Kurswechsel in der Sozialpolitik einleiten, in der die individuellen Schwächen mehr gefördert und die individuellen Stärken mehr gefordert werden, damit die Menschen in Eigenverantwortung ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren!

Die hohen Belastungen der Kommunen durch den Sozialbereich hat auch die Bundesregierung erkannt und gibt uns Rückendeckung.

Das im Vermittlungsausschuss verabschiedete Bildungspaket kommt rund 2,5 Millionen Kindern von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern zugute. Sie erhalten ein warmes Mittagessen in Kita, Schule und Hort sowie Nachhilfe oder Freizeitaktivitäten. Für die Umsetzung sind die Kommunen zuständig. Sie erhalten dafür eine bessere Finanzausstattung.

Der Bund übernimmt auch stufenweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und entlastet damit die Kommunen in den kommenden Jahren um über zwölf Milliarden Euro. Für den Kreishaushalt bedeutet dies, dass bis 2014 die Erstattung für die Grundsicherung im Alter durch gestaffelte Erstattungssätze auf 100 % erhöht wird und den Kreishaushalt dann mit ca. 18 Millionen Euro entlastet.

Die Politik der Bundesregierung zeigt weiterhin auch positive Wirkung hinsichtlich der Entwicklung der **Arbeitslosenzahlen** bei uns: Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung sorgt dafür, dass die Zahl der Arbeitslosen im Februar noch einmal deutlich gesunken ist. Hauptgrund für den Rückgang ist die starke Nachfrage nach Arbeitskräften in den Unternehmen.

Damit wird wieder einmal deutlich: nur eine stabile Wirtschaft, die sich im globalen Wettbewerb entwickeln kann, schafft neue Arbeitsplätze. Wir werden auch zukünftig alles dafür tun, um die Rahmenbedingungen für eine starke

Entwicklung unserer blühenden Wirtschaft, einschließlich des gesunden Mittelstandes, zu optimieren.

Wir haben uns für die Optionslösung ausgesprochen, weil wir davon überzeugt sind, dass wir den Arbeitslosen dann noch gezielter helfen können. Die Verwaltung hat hierzu unter der Führung des Allgemeinen Vertreters des Landrates, Jürgen Steinmetz, eine hervorragende Arbeit geleistet, wir hoffen nun auf die Zustimmung der Landesregierung.

Im **Jugendbereich** können wir erfreut feststellen, dass das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss zu den wirtschaftlichsten im Land NRW zählt. Trotz steigender Ausgaben für Familien- und Jugendhilfe finden keine Kürzungen im Haushalt statt. Der Zuschuss für die Familienpflege wurde sogar um 35.000 Euro– abweichend zum Haushaltsentwurf– erhöht. Allerdings soll das Familienfest auf Schloss Dyck zukünftig im zweijährigen Rhythmus stattfinden.

- unser Neugeborenenbegrüßungspaket
- der Ausbau der U3-Betreuung
- der Familienkompass
- der aktuelle Internetauftritt des Familienbüros
- die kreisweit arbeitende Elterngeldstelle
- sowie 18.000 Exemplare der Familienkarte mit 250 lukrativen Angeboten

sorgen weiterhin für niederschwellige Angebote für Familien im Sinne von Rat und Hilfe. Dafür steht die CDU, dafür steht Wolfgang Wappenschmidt, wir halten Kurs.

2010 war für die **Rhein-Kreis Neuss Kliniken** in Grevenbroich und Dormagen ein schwieriges Jahr. Trotz der bekannten Budgetdeckelung ist eine gute Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger gerade in diesem Bereich sichergestellt.

Die Kosten stiegen stärker als die erzielten Einnahmen. Beide Häuser haben zwar mehr Patienten behandelt, aber die daraus erwirtschafteten Erträge lagen unter den budgetierten Casemix-Punkten. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: Die Rhein-Kreis Neuss Kliniken müssen im vorhandenen Rahmen bei gleichen fixen Kosten durch höher bewertete Leistungen und durch Einführung von neuen medizinischen Schwerpunkten mit höher bewerteten Leistungen Leistungssteigerungen erzielen. Gleichzeitig müssen die Kosten gesenkt werden durch Steuerungsmechanismen in medizinischen Prozessen und durch Optimierung der Leistungserbringung u.a. auch durch Service-Zentren. Durch ein

Erlös- und Kostencontrolling sowie die Erstellung von Geschäftsplänen mit Kosten-Nutzen-Analysen müssen die Risiken begrenzt werden.

Anzustreben ist außerdem wirtschaftliches Wachstum durch

- eine weitere Budgetausweitung
- eine steigende Wahrnehmung der Häuser innerhalb und außerhalb des Kreises (Logo, CI)
- den Aufbau von Schwerpunkten, wie z.B., Schmerztherapie, der ambulanten Behandlung von onkologischen Fällen, rekonstruktiver Chirurgie und Gefäßchirurgie sowie
- die Umsetzung der für 2011 geplanten Bauprojekte

Alle Beteiligten wissen, dass diese Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Kliniken auf Dauer ertragreich zu betreiben und wettbewerbsfähig zu halten. Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten, sowie mit dem Lukaskrankenhaus und weiteren kommunalen Krankenhäusern müssen weiter ausgebaut und in feste Strukturen eingebunden werden. Das haben CDU und FDP unter der Führung von Dr. Christian Will eingeleitet, wir halten Kurs.

Im Bereich der **Kultur** unterstützen wir die Neuordnung des Nutzungskonzepts für das **Kulturzentrum Zons** unter Rücksichtnahme auf die Zonser Vereine und Bevölkerung sowie stärkerer finanzieller Beteiligung der Stadt Dormagen.

Bei der **Stiftung Schloß Dyck** findet weiterhin eine Konsolidierung statt. Die gestiegenen Unterhaltskosten für die Anlagen auf Schloß Dyck sollen über eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise aufgefangen werden. Die Entwicklung der Besucherzahlen ist zwar gegenüber dem letzten Jahr leicht rückläufig, insgesamt ist aber die Entwicklung in den letzten Jahren sehr erfreulich. Schließlich gehört Schloß Dyck zu den wenigen Einrichtungen in NRW die über Jahre mehr als 200.000 Besucher aufzuweisen haben.

Darüber hinaus hat die Stiftung Schloß Dyck einen Zuschuss der Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland erhalten.

Für die CDU steht mit Franz-Josef Radmacher ein erfahrener Kenner der Kulturszene an der Spitze unserer Koalition, wir halten Kurs.

Bereich Schule

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bildung und Weiterbildung tragen neben ihrem eigenen Wert bei der Entfaltung der individuellen Persönlichkeit und den sozialen und wirtschaftlichen Aspekten dazu bei, möglicher Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und somit auch die immer höheren Kosten im Sozialbereich zu begrenzen. Aus diesen Gründen hat der Bereich Bildung eine sehr große Bedeutung für uns und muss trotz schwieriger Haushaltslage weiterentwickelt werden.

Es muss unser Ziel sein, den Jugendlichen alle Möglichkeiten zu eröffnen, damit sie ein selbst bestimmtes Leben führen können und nicht in die Arbeitslosigkeit geraten.

Der Rhein-Kreis Neuss ist hier auf einem guten Weg. Am Berufsbildungszentrum Grevenbroich ist ein neuer **Bildungsgang** „Fachoberschule Klasse 11 und 12 (Fachrichtung Technik/Schwerpunkt Metalltechnik)“ eingeführt worden. Dort soll auch die Errichtung einer Fachklasse für Hotelfachleute weiter verfolgt werden. Am Berufsbildungszentrum Weingartstraße in Neuss steht eine Fachklasse zur Vermittlung der Fachhochschulreife auf der Agenda.

Insbesondere in der Schule ist es notwendig, dass jedes Individuum die gleichen Chancen hat. Deshalb unterstützen wir das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur **Inklusion**. An dieser Stelle fordern wir die Landesregierung dringend auf, die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Regelungen für die Inklusion im Schulbereich zu treffen. Unsere Bemühungen, das Thema Inklusion auf unserer Ebene umzusetzen, sind auf den Weg gebracht und werden weiter verfolgt bzw. umgesetzt.

Schließlich setzen wir uns für eine Erleichterung beim Übergang von der Schule in den **Beruf** ein. Dabei unterstützen wir die Akteure bei der Suche nach Partnerschaften vor Ort und bei der Bildung von Kooperationsklassen. Dafür steht Petra Schoppe und wir halten Kurs.

Der **Sport** im Rhein-Kreis Neuss leistet seit vielen Jahren einen bedeutenden Beitrag in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. In hoher Eigenverantwortung und mit hohem ehrenamtlichem Engagement leisten mehr als 120.000 aktive Sportlerinnen und Sportler aller Altersklassen einen wichtigen Beitrag zur aktiven Lebensgestaltung in unserem Kreis. Individuelle Angebote unserer Vereine und gewerblicher Anbieter ermöglichen allen Bevölkerungsgruppen eine auf individuelle Fähigkeiten angepasste Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unsere in vielen Sportarten systematische Talent- und Leistungssportförderung bietet unserer Jugend hervorragende persönliche Entwicklungsmöglichkeiten mit nationalen und internationalen Begegnungen, wie wir auf unserer Sportlerehrung in der letzten Woche mit viel Stolz bewundern konnten. Die jungen Sportlerinnen und Sportler sind das Aushängeschild unseres Kreises nach innen und außen. Der Sport wirkt fördernd auf die Wirtschaftspolitik,

Familien- und Sozialpolitik, in die Gesundheitspolitik und ist ein wichtiger Bestandteil zur Integration in unserer Gesellschaft. Wir sind gut, auch gehen wir voran mit Thomas Welter und Andreas Buchartz.

Die Förderkonzepte für Breiten- und Leistungssport erhalten auch in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten unsere Unterstützung, unter anderem durch:

- den Erweiterungsbau des Sportinternats im Norbert-Gymnasium Knechtsteden (Grundsteinlegung Feb. 2011)
- den Bau der Ringerhalle in Dormagen
- ein Förderkonzept für Nachwuchssportler, das auf die Bedürfnisse der Leistungssportler abgestimmt ist und zur Anerkennung als regionales Leistungssportzentrum NRW führen soll

Wir sind weiterhin bemüht, bestmögliche sportliche und soziale Rahmenbedingungen zur Förderungen von Nachwuchssportlern zu schaffen.

Wir sind uns bewusst, dass der Bundesligasport als Vorbild und Motor für den Breiten-, sowie Kinder- und Jugendsport dient, dennoch ist eine Unterstützung aus dem Kreishaushalt in der jetzigen Struktur nicht umsetzbar. Eine Expertenkommission unter Einbeziehung aller Beteiligten, wie vom Sportausschuss nun eingesetzt, wird von uns unterstützt, um die Rahmenbedingungen auch im bezahlten Sport im Rhein-Kreis Neuss zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Der Rhein-Kreis Neuss kann im Sport nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn er sich den nationalen und internationalen Standards anpasst und die Förderkonzepte mit den Städten und Gemeinden abstimmt. Wir bereiten uns bereits auf die Olympischen Spiele 2012 vor, hoffentlich mit mehr Sportlern aus dem Rhein-Kreis Neuss als 2008.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich die Ergebnisse der Studie zur Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss ansehen, die u.a. beschreibt, dass 25% unserer Schülerinnen und Schüler zu dick sind, wissen Sie, wie schwer uns die Kürzungen im Sportbereich gefallen sind.

Bereich Rettung, Feuer- und Katastrophenschutz

Die Lage in Japan ist sehr ernst. Durch das Zusammentreffen eines der schwersten Erdbeben, die man weltweit je gemessen hat, und eines gewaltigen Tsunami ist eine Situation eingetreten, für die die betroffenen Kernkraftwerke nicht ausreichend ausgelegt waren. Die Folgen für die japanische Bevölkerung sind

verheerend und mit unsäglichem Leid für die Menschen verbunden. Die nuklearen Folgen sind noch nicht absehbar. Wir sehen täglich neue Bilder über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Rettungsaktionen mit einem hohen Engagement der Menschen vor Ort. An dieser Stelle erklären wir unser Mitgefühl und unsere Solidarität mit allen Katastrophenopfern in Japan und den Angehörigen der zu beklagenden Toten.

Im Rhein-Kreis Neuss stehen latente Risiken und Unfallgefahren aus der Industrie- und hohen Verkehrsdichte auf Straße, Schiene, auf dem Rhein und in der Luft im Vordergrund. Dennoch: Die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss können sich sicher fühlen. Der Feuer- und Katastrophenschutz im Rhein-Kreis Neuss hat ein sehr hohes Niveau und zeichnet sich durch großes Engagement der Kreisbewohner in den Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsorganisationen aus. Diesen Status müssen wir auch in Zeiten des Demographiewandels und des immer knapperen Geldes erhalten. Der stetige technische Fortschritt erfordert von den Feuerwehr- und Rettungskräften eine permanente Fortbildung. Um die hohe Leistungsfähigkeit unserer Feuerwehren zu erhalten, wollen wir die sich aus einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit ergebenden Synergieeffekte nutzen, um Kosteneinsparungen zu erreichen und das Ehrenamt zu entlasten. Deshalb haben wir zusammen mit der FDP die Verwaltung gebeten, den abwehrenden Brandschutz im Rhein-Kreis Neuss mit dem Ziel fortzuentwickeln, die optimale Versorgung unserer Kommunen unter besonderer Berücksichtigung des Ehrenamtes zu erhalten. Dabei muss geprüft werden,

- ob eine Standardisierung bei den materiellen Ressourcen möglich ist,
- ob deren rationelle Vorhaltung eine Entlastung der ehrenamtlichen Wehren von Verwaltungsaufgaben ergeben kann
- ob eine mögliche gemeinsame Einkaufspolitik zur Kostenreduzierung führt
- ob eine zentrale Vorhaltung von Einsatzmitteln das Ehrenamt von Aufgaben entlastet

Die freiwilligen Wehren müssen mit allen möglichen Mitteln unterstützt und erhalten werden, dafür steht Ursel Meis und wir bestimmen den Kurs.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Etatberatungen und zahlreichen Haushaltsgespräche mit unseren Freunden in den Städten und Gemeinden haben deutlich gezeigt, dass wir kommunal in einem Boot sitzen. Selbstverständlich muss der Rhein-Kreis Neuss seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllen und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Wir wissen, starke Städte und Gemeinden bringen den Rhein-Kreis Neuss nach vorne

und sorgen für eine gute Infrastruktur, die unsere Region liebenswert und leistungsfähig macht. Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer zukünftigen politischen Arbeit wird der Ausbau einer guten, partnerschaftlichen interkommunalen Zusammenarbeit sein. Dies fordert auch die Industrie und Handelskammer Mittlerer Niederrhein, die in einer offensiveren Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten mit dem Kreis einen nachhaltigen Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Haushalte sieht (vgl. NGZ 15.03.2011).

Wir wollen uns nicht gegenseitig voneinander abgrenzen, sondern wir strecken die Hand zur Zusammenarbeit aus. Synergieeffekte, Abbau von Doppelstrukturen, Bürokratieabbau und eine enge Zusammenarbeit der Verwaltungen im Rhein-Kreis Neuss fördern nicht nur Wirtschaftlichkeitsreserven, sondern verstärken den Zusammenhalt und garantieren Lebensqualität in unserer Kreisregion. Gerade der Kreisstadt Neuss kann in diesem Prozess als Motor eine besondere Bedeutung zukommen. Dafür stehen die Fraktionen von CDU und FDP, unsere Leuten bestimmen den Kurs.

Lassen Sie mich noch kurz 3 Problembereiche ansprechen, die durch die rot-rot-grüne Landesregierung entstanden und für den Rhein-Kreis Neuss von großer Bedeutung sind:

1. Mit seinem Urteil vom 15. März 2011 hat das Verfassungsgericht die massive Verletzung der Interessen unserer Kinder und Enkelkinder durch die Schuldenpolitik der Landesregierung für verfassungswidrig erklärt. Damit ist die rot-grüne Landesregierung des Verfassungsbruchs überführt. Wenn es uns nicht gelingt, die immense Verschuldung der öffentlichen Haushalte abzubauen, verwehren wir unseren Kindern und Enkelkindern die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Zeche muss schon heute bezahlt werden, durch höhere Zinsen, Steuern und Abgabenlasten, für die die Landesregierung verantwortlich ist. Spätestens seit den Erfahrungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bemühen sich alle Regierungen in Europa um eine verantwortliche Haushaltspolitik, indem sie konsequent auf Haushaltsdisziplin setzen.

Allein die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich ganz bewusst für einen anderen Weg, nämlich für eine ungebremste Verschuldungspolitik entschieden. Diesem Kurs, den Frau Kraft mit Nachdruck vertreten hat, haben die Verfassungsrichter nun die Quittung ausgestellt und sie daran erinnert, dass es ihre Pflicht ist, sich an Recht und Gesetz zu halten.

2. Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes in NRW wird wegen verbindlicher Festlegungen der Landesregierung sehr problematisch für das Land. Denn sie

führt letzten Endes zu einer De-Industrialisierung und trifft den Industriestandort Rhein-Kreis Neuss in besonderem Maße.

3. Die Idee der Grünen, die Grunderwerbsteuer A zu erhöhen, wird Mietpreissteigerungen auch bei uns zur Folge haben.

Resümee

1. Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP haben konsequent den Kurs der Konsolidierung des Haushaltes weiter verfolgt. Es gibt im Hinblick auf die Körperschaften, die die Umlage leisten müssen, das **Rücksichtnahme-Gebot**. Diese Rücksichtnahme haben wir gewahrt! Wir müssen aber auch den Kreis im Blick behalten, wir sind als Kreistagsabgeordnete gewählt, um die Aufgaben und Interessen des Kreises zu vertreten und die dauerhafte Leistungsfähigkeit sicherzustellen.
2. Wir brauchen auch eine maßvolle aber kontinuierliche Entschuldung als wichtigen Punkt in der Haushaltsentwicklung. Damit leisten wir einen konkreten Beitrag zur Konsolidierung. **Schuldenabbau** bedeutet nicht, dass wir das auf Kosten der Gemeinden tun, sondern wir wollen das aus unseren **Bilanzpositionen** leisten können. Das bedeutet in der Ergebnisrechnung, dass wir geringere Zinsaufwendungen haben. Die Sicherstellung der Liquidität ist dabei für uns selbstverständlich. Nach unserer Meinung muss die Verwaltung die laufenden Ausgaben auch leisten können und darf sie nicht etwa dauerhaft aus Kassenkrediten finanzieren. Auf dieser schiefen Bahn sind viele Großstädte, und auf diesen Weg wollen und dürfen wir uns nicht begeben. Der Haushaltsplan 2011 wird um etwa 1,5 Millionen Euro im Ausgabevolumen niedriger liegen als im Jahre 2010. Obwohl die Transferaufwendungen, also alle sozialen Ausgaben um 2 bis 3 Millionen per Saldo höher liegen. Hier hat in der Tat auch eine beachtliche Anstrengung der Verwaltung stattgefunden.
3. Wir müssen auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit unseres Kreises sicherstellen mit einem weitestgehenden **Erhalt des Eigenkapitals**. Sie wissen alle auch aus privaten Erfahrungen und aus der Wirtschaft: das Eigenkapital ist erforderlich, um überhaupt einen Betrieb, ein Geschäft, eine GmbH oder eben auch eine öffentliche Körperschaft handlungsfähig zu erhalten. Dabei ist das Eigenkapital des Kreises kein bares Geld, sondern es ist die Summe dessen, was aus eigenen Mitteln investiert ist in Gebäude, Straßen und Einrichtungen des Kreises und das nicht durch Fremdmittel, durch Darlehen, finanziert wird. Das Eigenkapital gehört dem Kreis und darf letztlich nicht verzehrt, sondern muss

für die Zukunft geschont werden. Der Gesetzgeber erkennt an, dass es in einer Haushaltsentwicklung ein Auf und Ab gibt, das soll im Rahmen der Ausgleichsrücklage abgedeckt werden. Wenn die Ausgleichsrücklage aufgezehrt sein sollte, wir sind davon zum Glück noch ein gutes Stück entfernt, dann würden wir in ein Haushaltssicherungskonzept geraten. Das können wir nicht wollen. Es ist deshalb unser Ziel, die Eigenkapitalposition des Kreises tunlichst zu erhalten.

Wir lehnen deshalb die von den Bürgermeistern und der SPD geforderte weitere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ab. „Immerhin hat der Aufschwung den Städten und Gemeinden geholfen, so dass schlimmere Befürchtungen nicht Realität geworden sind“, so Petra Roth – Städtetagspräsidentin zu dem Milliardenplus im Schlussquartal 2010, so dass Städte und Gemeinden sogar mit Haushaltsüberschüssen rechnen können. Regierungsstatistikern zufolge betrug im Gesamtjahr 2010 das Gewerbesteueraufkommen zehn Prozent mehr als 2009, natürlich unterschiedlich in Ländern und Regionen.

Wir wollen den **Kreisumlagebedarf** so gestalten wie 2010 unter Einbeziehung der Schlüsselzuweisungen, das bedeutet für die Städte und Gemeinden eine geringere absolute Belastung, 222 Millionen in 2010, 210 Millionen in 2011. Wir können darauf hinweisen, dass aus der Wohngeldrückzahlung die Hälfte schon auf dem Verfahrensweg der Sozialhilfekostenabrechnung den Gemeinden zugute gekommen ist, d.h., sie haben dort auch teilgehabt an dieser unerwarteten Rückzahlung, und wir wollen die verbleibende Finanzlücke von 12,5 Millionen aus der **Ausgleichsrücklage** nehmen. Das ist immer noch ein großer Griff und damit wir auch in klaren Zahlen sprechen, die Ausgleichsrücklage beträgt 35 Millionen, die hätten wir dann zu einem Drittel in Anspruch genommen. Ich denke, das ist ein Kompromiss, den wir gegenüber den Städten und Gemeinden sehr gut vertreten können.

Man muss sicher an dieser Stelle sagen, dass wir das heute nur unter **Vorbehalt** formulieren können, denn niemand weiß, ob der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes, der vom 23.12.2010 stammt, so bleibt. Das Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 15. März 2011 wird ja unter Umständen hier noch Auswirkungen haben. Es kann sogar sein, dass wir nach Verabschiedung des Haushaltes irgendwann im 2. Quartal das Thema noch einmal aufgreifen müssen.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

An dieser Stelle danke ich ausdrücklich im Namen der CDU-Fraktion unserem Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, seinem Allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz und der von ihnen geführten Verwaltung. Mit beiden ist unsere Verwaltungsspitze neu und bestens aufgestellt. Unser Dank gilt auch den Dezernenten Karsten Mankowsky, Tillmann Lonnes, Nicolas March und ganz besonders Kreiskämmerer Ingolf Graul und der Kämmererei unter der Leitung von Christiana Rönicke. Ohne Ihre Vorbereitung und Ihr Zuarbeiten und Ihre loyale Mithilfe wäre die Arbeit des Kreistages an diesem Haushalt nicht möglich gewesen!

Große Anstrengungen ermöglichen uns heute, einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können! Wir stimmen dem Haushalt mit den vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen zu.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit